



Brief aus Berlin



www.brigitte-zypries.de



direkt gewählt - direkt erreichbar

27. Juni 2012

Liebe Leserin, lieber Leser,

am letzten Samstag hat mich die Darmstädter SPD mit 81,5% zu ihrer Vorsitzenden gewählt. Über dieses Ergebnis habe ich mich sehr gefreut – ich empfinde es auch als Auftrag. Als Auftrag, den von Klaus Uebe begonnenen Weg der Öffnung der Partei hin zu den Bürgerinnen und Bürgern weiter zu gehen – und als Auftrag, die Abstimmung mit der Fraktion zu optimieren.

Alle politisch Verantwortlichen in der Darmstädter SPD wollen mich dabei unterstützen. Alle Mitglieder des Unterbezirksvorstandes und die ganze Fraktion werden – jede und jeder für sich – das ihre dazu beitragen, dass es mehr Respekt und gegenseitige Akzeptanz der Person im Umgang miteinander gibt. Dafür danke ich ihnen allen!

Liebe Leserin, lieber Leser, wir sind mitten in einer anstrengenden Plenumswoche. Zwei Regierungserklärungen von Frau Merkel, viele Sondersitzungen der Gremien und mehrere namentliche Abstimmungen gegen 20.00 Uhr am Freitag Abend. Zu diesem Thema finden Sie genauere Ausführungen auf Seite 2.

Diese Plenumswoche ist nach derzeitigem Stand die letzte vor der Sommerpause - der Brief aus Berlin macht dann auch Ferien. Es geht weiter mit der Haushaltswoche ab dem 10. September Bis dahin werde ich im Wahlkreis wandern (7. Juli bis 11. Juli), mit einigen von Ihnen zur Documenta fahren und die dritte BPA-Gruppe in Berlin begrüßen. Einige freie Tage werde ich aber auch genießen - bei hoffentlich dann besserem Wetter als heute, wo wir in Berlin 12° Grad und Nieselregen haben...

Ich wünsche Ihnen einen schönen Sommer und sende herzliche Grüße aus Berlin!



+++ Sommerwanderung 2012 +++ Tagestouren im Wahlkreis

Auch in diesem Jahr möchte ich wieder mit Ihnen wandern! Vom 7. bis 11. Juli gilt es, jeden Tag eine neue reizvolle Wanderstrecke kennen zu lernen: Zum Beispiel den Waldenserpfad, das Martinsviertel in Darmstadt oder Gestüt und Orchideenplätze in Pfungstadt.

Alle Wanderungen dauern ca. 2,5 bis 3 Stunden. Am Ende eines Wandertages ist jeweils eine Einkehr/Umtrunk geplant. Die genauen Tourenbeschreibungen für alle Tage können Sie [HIER](#) herunterladen und sich ausdrucken.

Die Kosten tragen die Teilnehmenden selbst. Um sicherzustellen, dass genügend Plätze reserviert sind, bitten wir Ihre Anmeldung bis zum 3. Juli:

brigitte.zypries@wk.bundestag.de oder
per Telefon: 06151 - 3605078

Ich freue mich auf Sie!



+++ Reisetipp +++

Großbildprojektion in Berlin

Vielleicht planen einige von Ihnen in den Sommerferien einen Berlinbesuch? Das Parlament ist dann zwar in der Sommerpause - die Parlamentsgebäude zeigen sich aber in interessantem Licht:

Vom 28. Juni bis 3. Oktober findet ab Beginn der Dunkelheit am Reichstager eine abwechslungsreiche Installation von Film-, Licht- und Toneffekten an der Fassade des Marie-Elisabeth-Lüders-Hauses statt. Gezeigt wird ein bewegender Film über historische Momente, die Entwicklung der parlamentarischen Demokratie in Deutschland und ihre Bedeutung.

Eine Vorführung dauert circa 30 Minuten und wird zwei Mal hintereinander ab 22:00 Uhr gezeigt.

Der Zuschauerbereich ist auf dem Friedrich-Ebert-Platz.

Der Besuch ist kostenfrei!

Europäischer Stabilitätsmechanismus und Fiskalpakt – Abstimmungen am Freitag

Für die Sitzung des Deutschen Bundestages am 29. Juni stehen der so genannte Fiskalpakt und der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) zur 2./3. Lesung auf der Tagesordnung.

SPD und Grüne haben außerdem durchgesetzt, dass Bundestag und Bundesrat sowohl beim ESM als auch beim Fiskalpakt umfassend beteiligt werden. Beim ESM bedeutet das, dass der Bundestag – wie schon beim EFSF – den wesentlichen Entscheidungen vorab zustimmen muss, bevor die Bundesregierung oder ein deutscher Vertreter in Brüssel und Frankfurt grünes Licht geben können. Für den Fiskalpakt werden wir im Fiskalpaktratifizierungsgesetz sicherstellen, dass der Bundestag frühzeitig, fortlaufend und vor allem *schriftlich* informiert wird.

Es geht schon lange nicht mehr nur um eine Zustimmung zum Fiskalpakt. **Es geht inzwischen vor allem darum, der europäischen Krise mit einer anderen Politik zu begegnen.** Ein Anfang ist jetzt gemacht. In den Verhandlungen mit der Bundesregierung konnten SPD und Grüne die Besteuerung der Finanzmärkte und höhere Investitionen in Wachstum und Beschäftigung durchsetzen.

Hinter uns liegen Monate, in denen sich die Krise in Europa zugespitzt hat. **Die Bundesregierung hat es nicht vermocht, den Teufelskreis aus instabilen Finanzmärkten, hohen Staatsschulden und einer um sich greifenden Rezession zu durchbrechen.** Im Gegenteil, in zwei Jahren verfehlter Krisenbewältigung sind die Schulden der Krisenländer nicht gesunken, sondern gewachsen, und die Risiken für Deutschland sind nicht geringer, sondern größer geworden. Wir haben stetig gewarnt, dass Kredithilfen und Kürzungsprogramme nicht ausreichen, wenn Vertrauen wegbricht und die Wirtschaft erlahmt. Erst allmählich aber und erst mit den schlechteren Konjunkturaussichten auch für unser Land **setzt sich nun die Einsicht durch, dass es Deutschland auf Dauer nicht gut gehen kann, wenn es Europa schlecht geht.**

In dem Moment, in dem nach Griechenland, Portugal und Irland auch Spanien als viertgrößte Volkswirtschaft der Währungsunion Hilfe aus europäischen Rettungsprogrammen beantragen musste, sollte auch dem Uneinsichtigsten langsam dämmern, dass Europa mit Merkels Politik auf ein Zerbrechen des Euro zuschlittert. **Der Preis, den Deutschland für dieses Scheitern zu zahlen hätte, ist kaum bezifferbar. Es träfe nicht nur Staat, Banken und Sparer, sondern auch unsere Industrie und unseren Mittelstand.** Die politischen und die ökonomischen Kosten einer Renationalisierung Europas wären nach derzeitigem Wissen schlechthin desaströs.



Ein Wort zum Brief aus Berlin

Der Brief aus Berlin ist eine Information für die Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis. Ich möchte meine Arbeit in Berlin so transparent und bürger-nah wie möglich gestalten. Sie können mir dabei helfen, indem Sie mir Ihre Wünsche und Verbesserungsvorschläge mitteilen und den Brief aus Berlin an Freunde und Bekannte weitergeben. Sie können diesen Newsletter gerne über mein Büro in Berlin abonnieren: Schreiben Sie einfach eine E-Mail mit dem Betreff *Brief aus Berlin* an brigitte.zypries@bundestag.de.

*V.i.S.d.P.: Brigitte Zypries, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin*

*Fotos:
Madeleine Hintz (S. 2)
Hannes Nonhebel (S. 3)*

Die Zukunft der Pflege - wir brauchen eine Reform

Letzte Woche habe ich in Roßdorf mit Ulla Schmidt und etwa 60 Besuchern zu dem Thema Pflege diskutiert. Die Lage ist ernst: **Im Jahr 2025 sollen laut Schätzungen des statistischen Bundesamtes 152.000 Pflegekräfte fehlen! Außerdem wäre die solidarische Pflegeversicherung ohne eine Reform Schätzungen zufolge finanziell nur noch bis 2015 gesichert.** In unserem Antrag, der am Donnerstag im Parlament diskutiert wird, fordern wir die Bundesregierung daher auf, einen Gesetzentwurf vorzulegen und die Pflegepolitik auf den demografischen Wandel vorzubereiten.

Es gibt viel zu tun: Der Pflegebedürftigkeitsbegriff muss reformiert werden. An Demenz leidende Menschen, psychisch Kranke und pflegebedürftige Kinder sollen dabei berücksichtigt werden. Mehr Pflegeberatung ist nötig, damit die Pflegenden einfach Ansprechpartner finden, wenn sie Unterstützung brauchen. Für diejenigen, die ihre Angehörigen selbst pflegen, muss die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf verbessert werden. Pflegekräfte brauchen bessere Arbeits- und Entwicklungsbedingungen. Weiterhin ist die kommunale Pflegeinfrastruktur auszubauen. Vor allem die häusliche Pflege muss unterstützt werden. Schließlich muss eine Bürgerversicherung Pflege eingeführt werden.

Die steigende Lebenserwartung der Bevölkerung und die Zunahme des Anteils betagter Menschen an der Gesamtbevölkerung sind natürlich ein begrüßenswertes Zeichen für den medizinischen und gesellschaftlichen Fortschritt – sie stellen die Pflegepolitik aber auch vor große Herausforderungen. **Wir müssen dringend heute die richtigen Entscheidungen treffen, damit in 20 Jahren gute, würdevolle und bezahlbare Pflege überhaupt noch möglich ist.** Pflege geht deshalb alle an!

Betreuungsgeld verhindern, Kitas ausbauen

Ab 2013 sollen Eltern ein Betreuungsgeld erhalten, wenn sie für ihre ein- bis dreijährigen Kinder keine Kindertageseinrichtung in Anspruch nehmen. Diese Leistung ist bildungs-, integrations- und gleichstellungspolitisch verfehlt und verfassungsrechtlich problematisch. Zudem verursacht sie hohe Kosten. Sie wird von Fachverbänden, Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden und einer gesellschaftlichen Mehrheit abgelehnt. **Wir fordern die Bundesregierung auf, das Betreuungsgeld nicht einzuführen. Die dafür vorgesehenen Mittel sollen in den Ausbau von frühkindlicher Bildung und Betreuung für Kinder unter drei Jahren fließen.** Bund, Länder und Kommunen müssen auf einem Krippengipfel konkrete Maßnahmen dazu verabreden. Am Donnerstag wird im Plenum darüber diskutiert - und ab morgen ist mein Podcast dazu online!